

* (Billige Ware für Staatsbeamte.) Der Zentralverband österreichischer Kaufleute beschäftigte sich vorgestern in einer gemeinsamen Beratung mit Vertretern der Handelskammern und des Wirtschaftsausschusses der Kaufmannschaft mit dem Plane der Regierung, den berechtigten Forderungen der Staatsbeamtenschaft nicht durch Zuwendung von Geldbezügen, sondern durch billige Lebensmittel und anderen Waren Rechnung zu tragen, und diese Waren in neuerrichteten staatlichen Kaufhäusern zum Absatz zu bringen. Es sprachen zum Gegenstande die Herren: Schüb (Graz), Dr. Maurhard (Linz), Dr. Wilh. Nutwill (Troppau), Gall (Biala), Brode (Mussig), Grafenauer (Klagenfurt), Dr. Wimmer (Salzburg), Pöbstl, Binjal, Böcher, Nag (Wien), Reichsrats-Abgeordneter Tsch

(Brag), Jabransky (Bereinigung der Konfessionäre), Salzer, Schallaböck, Gemeinderat Fischer, Giugnio (Brünn), Präsident Spitzer und andere. Uebereinstimmend kam folgende Anschauung zum Ausdruck: Die Ausführungen aller Redner gipfelten in zum Teile außerordentlich leidenschaftlichen Protesten gegen diesen gegen weite Kreise der Kaufmannschaft und des erwerbenden Mittelstandes gerichteten Plan. Der Vorsitzende Präsident Landtags-Abgeordneter Spitzer fasste das Ergebnis der eingehenden Beratungen zusammen, dahingehend, daß die Kaufmannschaft es für richtig hält, daß der Staat die Beamtenschaft durch Lieferung der notwendigen Bedarfsgegenstände zu mäßigem Preise wirtschaftlich stütze. Denn eine Erhöhung der Geldbezüge ist heute, wo dem realen Handelsverkehre fast alle Ware entzogen ist und nur der Schleichhandel über Waren verfügt, von geringem Werte und bedeutet nur einen weiteren Schritt im Niedergang unseres Geldwesens, ohne daß damit der Staatsbeamtenschaft gebiet wäre. Die Kaufmannschaft hält es aber für absolut falsch und wird sich ebenso sehr im eigenen Interesse, als im Interesse der Staatsbeamtenschaft und im Interesse aller Steuerzahler mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln dagegen wehren, daß unter den heutigen Verhältnissen zur Verteilung dieser vom Staate zu beschaffenden und unter Kontrolle zum Selbstkostenpreise auszugehenden Ware eigene Warenhäuser an den verschiedenen Umkäufen errichtet werden. Die Kosten der Einrichtung dieser Betriebe wären hinausgeworfene Steuergelder, denn es stehen tausende Betriebe zur Verfügung, mit allen technischen Hilfsmitteln unter fachkundiger Leitung und mit dem nötigen Personal versehen, die infolge des Warenmangels gar nicht oder kaum beschäftigt sind und die gerne bereit sind, unter der gleichen Kontrolle, wie sie für die staatlichen Warenhäuser wäre, die diesen zugebachtete Aufgabe der Warenverteilung zu vollziehen. Die Kaufmannschaft ist gerne bereit, im Einvernehmen mit der Regierung unter Leitung des Wirtschaftsausschusses und Mitwirkung ihrer eigenen örtlichen und fachlichen Organisationen, insbesondere auch der Handelskammern, an jenen Orten, in welchen die Regierung Verteilungsstellen für ihre Beamten und Bediensteten einrichten will, nach jeder Richtung einwandfreie, kaufmännische Betriebe namhaft zu machen, die gerne unter der strengsten ständigen Kontrolle der Regierung oder der Beamtenschaft die fachgemäße Bewahrung, Verwaltung, Verrechnung und Ausgabe dieser Ware durchzuführen bereit sind. Zum Schlusse wurde das Präsidium des Wirtschaftsausschusses der Kaufmannschaft ersucht, ein Komitee aus Interessenten aller Branchen der Kaufmannschaft zusammenzusetzen, um der Regierung konkrete Vorschläge im Sinne der Beschlüsse der Versammlung zu erstatten.